

Alban Knecht / Roland Atzmüller: Von der Ausbildungsgarantie zur Ausbildungspflicht. Die Entwicklung der österreichischen Beschäftigungspolitik für Jugendliche

In: *Neue Praxis*, 47. Jg., H. 3, S. 239–252

Einleitung

Die wirtschaftlichen Krisenprozesse seit 2008 hatten in vielen europäischen Staaten massive Auswirkungen auf die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen. Dies trifft insbesondere auf südeuropäische (Griechenland, Spanien, Italien), aber auch osteuropäische Länder zu; die Jugendarbeitslosigkeit liegt hier teilweise bei >40–50 Prozent. Im Vergleich zu den peripheren EU-Staaten stellt sich die Situation von Jugendlichen in Österreich und Deutschland als besser dar. Dementsprechend betrug die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland 7,2%, in Österreich 10,6% und im EU(28)-Durchschnitt 20,3 Prozent (AMS 2016, S. 8). Dies wird u.a. der Integrationsfähigkeit des Systems der dualen Berufsausbildung zugeschrieben, die es immer noch schafft, einem Großteil der Jugendlichen, die keine schulische / akademische Ausbildung verfolgen wollen oder können, eine arbeitsmarktrelevante Qualifizierung zu ermöglichen.

Obwohl diese Länder das System der dualen Berufsausbildung teilen, gibt es dennoch große Unterschiede in der institutionellen Ausgestaltung der Berufsförderung. In Österreich haben die wachsenden Arbeitsmarktprobleme der letzten Jahre dazu geführt, dass immer mehr Jugendliche mit erheblichen Problemen im Übergang von der Pflichtschule in die Ausbildung und das Erwerbsleben konfrontiert wurden. Dies wurde 2008 mit der Einführung einer Ausbildungsgarantie zu beantworten versucht, der durch ein Angebot von überbetrieblichen Lehrausbildungen (ÜBAs) nachgekommen wird. 2015 absolvierten bereits mehr als 12.000 von 110.000 Lehrlingen – wie Auszubildende in Österreich noch genannt werden – ihre Ausbildung nicht mehr in einem regulären Ausbildungsbetrieb, sondern im Rahmen dieser öffentlich finanzierten überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen (ÜBAs) (Dornmayr und Nowak 2016). Während die Grundidee der Ausbildungsgarantie von europäischen Institutionen im Rahmen des Youth Employment Package und der Youth Employment Initiative ab 2012 übernommen wurde, wurde in Österreich die Ausbildungsgarantie 2016 in eine Ausbildungspflicht transformiert.

Der Ausbau der Aktivitäten und Maßnahmen zur Unterstützung von Jugendlichen im Übergang Schule – Ausbildung – Erwerbsleben erscheint als eine wesentliche Dimension des aktivierenden, zunehmend auf eine sozialinvestive Ausrichtung setzenden Umbaus des Wohlfahrtsstaates (Atzmüller 2015). Die Entwicklungen im jugendpolitischen Bereich lassen dabei eine Reihe von Widersprüchen und Ambivalenzen dieser Strategien und Aktivitäten erkennen. Der Ausbau der Aktivitäten zur Unterstützung von Jugendlichen im Übergangssystem beruht auf ausdifferenzierten Defizitdiagnosen, die auf der einen Seite dazu führen, dass sich sozialarbeiterische und ausbildungs-/arbeitsmarktpolitische Aktivitäten zunehmend vermengen und die Grenzen zwischen diesen Bereichen verschwinden. Andererseits bedingt die auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt ausgerichtete Integrationsorientierung des Übergangssystems eine zunehmend disziplinierende Ausrichtung der angebotenen Aktivitäten. Dies wollen wir anhand jüngster Entwicklungen in Österreich näher beleuchten.

Diese Ambivalenzen wollen wir anhand jüngster Entwicklungen in Österreich näher beleuchten. In diesem Aufsatz zeichnen wir die Entwicklungen der arbeitsmarkt- und ausbildungspolitischen Aktivitäten für Jugendliche zur Steuerung der Übergangsphase nach und rekonstruieren die damit einhergehenden Diskurse der Praktiker*innen und Expert*innen; während die Evaluation der Maßnahmen für Jugendliche nicht Ziel dieses Aufsatzes ist. Dafür nutzen wir Daten, die im Rahmen des SOCIETY-Projekts zwischen September 2013 und Februar 2014 im Rahmen einer Dokumentenanalyse aktueller themenbezogener Literatur (Bücher, Artikel

und graue Literatur) und von Expert*inneninterviews zur Untersuchung des institutionellen und politischen Rahmens jugendpolitischer Aktivitäten in Österreich erhoben wurden (Knecht et al. 2013).

Im Einzelnen stellen wir im Kapitel 2 die wesentlichen Entwicklungen der staatlichen Aktivitäten zur Steuerung des Übergangs Jugendlicher von der (Pflicht-)Schule in Ausbildung und Beruf dar. Der Fokus liegt auf dem Zeitraum von etwa 1998 bis heute, in dem die Beschäftigungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche stark ausgebaut wurden. In Kapitel 3 stellen wir die Ergebnisse der Auswertung unserer Exper*inneninterviews dar. Wir können zeigen, dass ein pathologisierender Blick auf angebliche Defizite von Jugendlichen, welche die Schule vorzeitig abbrechen, keine Lehrstelle finden oder arbeitslos sind, zunehmend einen Verpflichtungscharakter annehmenden Zugriff des Staates legitimiert. In Kapitel 4 nehmen wir eine sozialpolitische Verortung unserer Ergebnisse vor: Es zeigt sich, dass die Veränderungen der Jugendpolitik und der Beschäftigungsförderung Jugendlicher, nicht einfach durch Rückbau und Kürzungen geprägt sind, sondern vielmehr als Teil der Transformation des Wohlfahrtsstaates hin zu einem aktivierenden und sozialinvestiven Politikstil verstanden werden können.

Weiterlesen:

<http://www.neue-praxis-shop.de/np-3/17-Von-der-Ausbildungsgarantie-zur-Ausbildungspflicht>

Mehr Infos:

www.albanknecht.de

[zurück](#)